

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. November 1987
am Donnerstag, dem 12. November 1987

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	5, 6	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	3, 4
Börnsen (Ritterhude) (SPD)	46	Niegel (CDU/CSU)	12, 13
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	57, 58	Frau Olms (DIE GRÜNEN)	16, 17
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	61, 62	Paterna (SPD)	42, 43
Eigen (CDU/CSU)	24, 25	Reimann (SPD)	33, 34
Frau Faße (SPD)	40, 41	Frau Rönsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	44, 45
Gerster (Worms) (SPD)	26, 27	Frau Saibold (DIE GRÜNEN)	35, 36
Hinsken (CDU/CSU)	21, 22	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	59, 60
Dr. Hitschler (FDP)	14, 15	von Schmude (CDU/CSU)	1, 2
Frau Kelly (DIE GRÜNEN)	51, 52	Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	49, 50
Kolbow (SPD)	7, 8	Schulhoff (CDU/CSU)	32
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	23	Stahl (Kempfen) (SPD)	10, 11
Kuhlwein (SPD)	47, 48	Stiegler (SPD)	9, 20
Leidinger (SPD)	28, 29	Toetemeyer (SPD)	39
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	55, 56	Vahlberg (SPD)	30, 31
Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	53, 54	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	37, 38
Menzel (SPD)	18, 19		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

- | | |
|--|---|
| 1. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die Regierung der DDR von Januar bis September 1987 lediglich 7 524 Antragstellern die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gestattete und damit die Vorjahreszahl von 20 000 Übersiedlern in 1987 kaum noch erreicht werden dürfte? |
| 2. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung bereits Schritte unternommen, um eine Erhöhung der Übersiedlerzahlen zu erreichen, und ist die Bundesregierung für den Fall, daß diese Bemühungen erfolglos bleiben, gewillt, über die Reduzierung finanzieller Gegenleistungen nachzudenken? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|--|--|
| 3. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) | Sind der Bundesregierung Zahlen bekannt, inwieweit sich die Samstags- und Sonntagsarbeit bei der Arbeitnehmerschaft in den letzten fünf Jahren verstärkt hat, und gibt es konkrete Daten, wie viele Arbeitnehmer in welchen Tarifbereichen Samstags- und Sonntagsarbeit ableisten? |
| 4. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Textil- und Elektronikbranche zahlreiche Anträge auf Sondergenehmigungen für Sonntags- und Feiertagsarbeit gestellt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Begehren? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 5. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Treffen Presseberichte zu, nach denen Lastzüge aus der DDR und Staaten des Ostblocks häufig in einem technisch katastrophalen Zustand sind und eine Verkehrsgefährdung auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland darstellen? |
| 6. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Welche Kontrollen werden an den Übergängen der innerdeutschen Grenze und anderen Grenzen durchgeführt, und welche Ergebnisse hatten diese Kontrollen in den letzten Jahren? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

7. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Berichte im Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“, wonach die bundeseigene Materialdepot-Beteiligungsgesellschaft (MDBG) mit dem Ziel tätig wird, militärische Einrichtungen, insbesondere der US-Streitkräfte, in der Bundesrepublik Deutschland unter Umgehung der gesetzlichen Anhörungsverfahren durchzusetzen, und welche logistisch nutzbaren Liegenschaften ist die MDBG beauftragt zu beschaffen?
8. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Welche hat bzw. soll sie als Depots für Materiallagerung instandsetzen sowie instandhalten, und welche Depots betreibt bzw. verwaltet sie?
9. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Aus welchen Einzelpositionen setzen sich die bei der Regionalförderung einzusparenden 1,6 Milliarden DM zusammen, und sind bei der Einsparungsrechnung, die die Streichung des Investitionszulagengesetzes erbringen soll, die im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe ausgewiesenen Soll-Zahlen oder die jahresdurchschnittlichen Ist-Zahlen zugrunde gelegt?
10. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Sind der Bundesregierung konkrete Privatisierungsvorhaben der Leitung des Royal Airforce Flughafens in Niederkrüchten-Elmpt in bezug auf den Abbau von Stellen für deutsche Zivilbeschäftigte bekannt, und um wieviel Stellen für Zivilbeschäftigte geht es bei diesen Planungen?
11. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, um zu erreichen, daß der bisherige Stand der deutschen Zivilbeschäftigten auch am oben genannten Flughafen gehalten werden kann, und wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei Neueinstellungen – bis auf wenige notwendige Fachleute – nur noch Familienangehörige von Mitgliedern der Streitkräfte eingestellt werden?
12. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß unter Vorwegnahme der Gesetze über die Steuerreform die Betriebsprüfer in der Außenprüfung der Finanzämter bereits mündlich angewiesen wurden, die Kapitalbewegungen der Betriebe mit dem Ausland besonders zu beobachten?
13. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Steuerreform eine Straflosigkeitserklärung für diejenigen Steuerpflichtigen, die bisher aus Unkenntnis ihre Kapitalerträge nicht ordnungsgemäß versteuert haben?

14. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Trifft es zu, daß die Bundesvermögensstelle im Falle des geplanten Baus von 200 Wohneinheiten für Angehörige der amerikanischen Streitkräfte in 6661 Hornbach, Kreis Pirmasens, dem Bauträger eine Mietgaranzieusage von 13 DM/Quadratmeter abgegeben hat, während sie auf dem dortigen privaten Wohnungsmarkt ansonsten nur einen Quadratmeterpreis von 6 DM bis 7 DM akzeptiert, und welche Gründe werden dafür angeführt?
15. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Ist der private Wohnungsmarkt in dieser Region nicht in der Lage, den Bedarf an 200 Wohnungen zu decken, oder gibt es für die Errichtung dieser Wohneinheiten andere Gründe?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

16. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis genommen von der Beschlagnahme von mehreren hundert Maschinengewehren der Marke Heckler & Koch durch die italienischen Behörden, und welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung hinsichtlich weiterer Exportgenehmigungen für die Firma Heckler & Koch?
17. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN)
- Wie oft müssen Personen, die Kriegswaffen produzieren und exportieren, gegen das Außenwirtschaftsgesetz und/oder das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen, damit ihnen die nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz erforderlichen Genehmigungen nicht mehr erteilt werden, wie es § 6 Abs. 3 Nr. 3 KWKG vorsieht?
18. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bereits Konsequenzen aus der nunmehr gegen den Bundesminister a. D. Graf Lambsdorff rechtskräftig gewordenen Verurteilung wegen Steuerhinterziehung gezogen und den Prozeßkostenzuschuß, der Graf Lambsdorff gewährt wurde, ganz oder teilweise zurückgefordert, bzw. wird sie eine Rückforderung erheben?
19. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wenn ja, wie hoch ist der zurückgeforderte Betrag?
20. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich der EBM-Industriegruppe Konkurrenten aus der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere aus Spanien, im Wettbewerb mit dem Argument auftreten, sie könnten auf Dauer günstiger anbieten als ihre deutschen Wettbewerber, weil in Spanien die Umweltschutzaufgaben geringer seien und im Vollzug auch nicht so streng gehandhabt

würden wie in der Bundesrepublik Deutschland, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um Wettbewerbsvorteile, die durch laxere Umweltschutzbestimmungen oder Nichtbeachtung von Umweltschutzauflagen bei europäischen Konkurrenten entstehen, auszugleichen?

21. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen sind durch den Wegfall der Investitionszulage, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft und Arbeitsplatzsituation, im Grenzland und Zonenrandgebiet zu erwarten?

22. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die verschiedentlich geäußerte Befürchtung erheblicher negativer Auswirkungen auf die Wirtschaft und Arbeitsmarktsituation im Grenzland und Zonenrandgebiet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

23. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)

Was versteht die Bundesregierung darunter, bei der Milch mit marktkonformen Mitteln betriebliche Anpassungen zu erleichtern und dabei regionale und soziale Aspekte zu berücksichtigen?

24. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Aus welchem Grunde will die Bundesregierung die EG-Richtlinien für die Festsetzung von Mindestanforderungen zum Schutze von Legehennen in Käfigbatteriehaltung nicht einhalten, und wie hoch wird dann die Wettbewerbsverzerrung für die deutsche Landwirtschaft sein?

25. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

In welcher Weise hat die Bundesregierung über die EG-Kommission die Wettbewerbsverzerrung gegenüber Italien wegen der Direktzuschüsse für Rind- und Schweinefleisch und Holland wegen der Schweineklassifizierung – Anfrage vom 18. August 1987 – beenden können, und haben die Landwirte in Italien und den Niederlanden die Zuschüsse schon bekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

26. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)

Wieso teilte das Luftwaffenamt im September 1987 einer Bürgerinitiative mit, bei Übungen der Luftstreitkräfte würde „eine kleine Zahl von Beschränkungen . . . zeitweise außer Kraft gesetzt“ und bei „simulierten Zielflügen“ dürften die Piloten für den „direkten Zielflug von 150 Metern bis auf 100 Meter über Grund in den Sinkflug übergehen“, während der Parlamentarische

Staatssekretär Würzbach auf meine diesbezügliche Anfrage antwortete (Drucksache 11/503), die Mindestflughöhen würden „auch während Übungen der NATO-Luftstreitkräfte im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland nicht unterschritten“?

27. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)

Welche Auskunft trifft zu, gelten offizielle Mindestflughöhen ohne Ausnahme auch während Übungen, oder gibt es Ausnahmeregelungen?

28. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)

Wie viele Unfälle haben sich beim bisherigen Verlauf der NATO-Herbstübungen 1987 auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der bilateralen deutsch-französischen Truppenübung „Kecker Spatz“ bei Truppenteilen der Bundeswehr sowie bei den alliierten Streitkräften ereignet, welche personellen und materiellen Schäden sind zu beklagen?

29. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)

In welchem Umfang haben die in vorstehender Frage aufgeführten Truppenübungen zu Umweltschäden bzw. Flurschäden geführt, und welche Kosten sind dafür bisher angefallen bzw. insgesamt zu erwarten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

30. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung gegen die gefährliche Überlastung des Münchener Luftraums und die daraus resultierenden Verspätungen im Luftverkehr zu tun?

31. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu den Vorwürfen, die in diesem Zusammenhang von den Fluglotsen in Riem erhoben werden, daß die schlechten Arbeitsbedingungen angesichts des ständig steigenden Flugverkehrs, die vergleichsweise schlechte Bezahlung und eine verfehlte Personalpolitik der Bundesregierung mit ursächlich sind für die gegenwärtige Situation auf dem Flughafen München-Riem?

32. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Standort Düsseldorf als Ziel- und Abfahrtsort des neuen Hochgeschwindigkeitszuges TGV unter den Aspekten, daß Düsseldorf zu einem in der wirtschaftsgeographischen Mitte zwischen dem Köln/Bonner-Raum und dem größten Ballungsraum Europas, dem Ruhrgebiet, liegt sowie als Partner zahlreicher französischer Firmen eng mit Frankreich zusammenarbeitet, zum anderen über einen Hauptbahnhof verfügt, der nach seinem Umbau für die Aufnahme des TGV bereits heute eine geeignete Kapazität und Elastizität besitzt, die unter anderem den Bau einer weiteren aufwendigen Trasse auf Düsseldorfer Stadtgebiet überflüssig macht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

33. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß zu einer Veranstaltung des Bundesgesundheitsamtes vom 20. bis zum 22. Oktober 1987 über die Krebsgefahr von Asbest und Asbestersatzstoffen kein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeladen wurde, während zahlreiche Firmenvertreter aus der Asbest- und Mineralfaserindustrie und ihnen nahestehende Wissenschaftler an der Veranstaltung teilnehmen konnten (vgl. Frankfurter Rundschau vom 20. Oktober 1987)?
34. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Ausschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften, die seit langem sowohl durch wissenschaftliche Analysen als auch durch praktische Impulse zur Verminderung arbeitsbedingter Krebsgefahren beigetragen haben, von dieser Veranstaltung als unnötiger Affront gegen die Interessen der betroffenen Arbeitnehmer verstanden werden muß?
35. Abgeordnete
Frau
Saibold
(DIE GRÜNEN)
- Welche Vorkehrungen an den Grenzen hat die Bundesregierung für die lückenlose Überwachung der Importe getroffen, da laut Frau Staatsministerin Adam-Schwaetzer bei einem Alleingang der Bundesregierung bezüglich der Grenzwertfestsetzung für Cäsium 137 keine Importe von höher belasteten Produkten aus den EG-Staaten mehr möglich sind?
36. Abgeordnete
Frau
Saibold
(DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung bei Nichterreichen einer EG-weiten Regelung statt der bisher festgelegten Grenzwerte von 370 bq/kg bzw. 600 bq/kg für Cäsium 137 wenigstens die vom Europa-Parlament verabschiedeten Grenzwerte von 100 bq/kg bzw. 125 bq/kg Cäsium übernehmen?
37. Abgeordnete
Frau
Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung die Ermittlungen der belgischen Staatsanwaltschaft bestätigen, nach denen Bestechungsgelder von Transnuklear die Mitarbeiter von Mol veranlaßt haben, „nicht mehr aufzubereitende Abfälle zu akzeptieren“ (dpa-Meldung vom 15. Oktober 1987), und wie beurteilt sie dies, auch in Anbetracht ihrer häufigen Verlautbarungen, „daß Manipulationen . . . (nicht) . . . der Umgehung notwendiger Genehmigungsverfahren dienen sollten“?
38. Abgeordnete
Frau
Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um ihren Kenntnisstand in dieser Angelegenheit zu verbessern, und kann sie ausschließen, daß Transnuklear in anderen Ländern auch Bestechungen vorgenommen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

39. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost plant, den Posttransport auf der Ruhr-Siegstrecke von der Schiene auf die Straße zu verlagern, und kann sie die Wirtschaftlichkeit dieser oder ähnlicher Maßnahmen auch unter dem Aspekt belegen, daß die Deutsche Bundesbahn das umweltfreundlichste Verkehrsmittel im Güterverkehr ist?
40. Abgeordnete
Frau
Faße
(SPD)
- Ist in die Überlegungen der Deutschen Bundespost über die Ausbildungsquoten 1988 eingeflossen, daß es auch im Bereich des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren zu weiteren Arbeitszeitverkürzungen kommen wird, die zu einer Erhöhung des Personalbedarfs führen, und wenn ja, wie?
41. Abgeordnete
Frau
Faße
(SPD)
- Steht eine etwaige Absenkung der Ausbildungsquoten 1988 im Zusammenhang mit einer vorgesehenen Privatisierung, Liberalisierung oder Deregulierung des Fernmeldedienstes der Deutschen Bundespost?
42. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost seit 1983 den zusätzlichen Raumbedarf für die gestiegenen Ausbildungsquoten zum Fernmeldehandwerker bis heute nicht oder nur in Ausnahmefällen realisiert hat?
43. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Wie gedenkt die Deutsche Bundespost den Raumbedarf an die Ausbildungsquote zum Kommunikationselektroniker des Jahres 1987 anzupassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

44. Abgeordnete
Frau
Rönsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um in Schulen den Einsatz von Fernsehmitschnitten als Lehrmittel zu pädagogischen Zwecken unter den gegebenen juristischen Bedingungen zu erweitern?
45. Abgeordnete
Frau
Rönsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Denkt die Bundesregierung daran, den telekommunikativen Möglichkeiten vieler Schulen sowie den gewachsenen pädagogischen Anforderungen Rechnung zu tragen und den eigenverantwortlichen Handlungsspielraum der Schulen in diesem Punkt durch eine Novellierung des Urheberrechts zu verbessern?

46. Abgeordneter
Börnsen
(**Ritterhude**)
(SPD)
- Ist für das Jahr 1988 eine Absenkung der Ausbildungsquoten in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz vorgesehen, obwohl der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in dem letzten vorliegenden Berufsbildungsbericht feststellt, daß es auch weiterhin erforderlich sein wird, daß die öffentlichen Verwaltungen um eine weitere Verbesserung der Ausbildungsstellensituation bemüht sein müssen?
47. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit – wie vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft mehrfach angekündigt –, die Förderprogramme zur Qualifizierung von Ausbildern in der beruflichen Bildung zu verstärken?
48. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Um welche Förderprogramme handelt es sich gegebenenfalls im einzelnen, und wird dazu auch – wie angekündigt – das Programm zur Weiterbildung von Mitgliedern in den Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen gehören?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

49. Abgeordnete
Frau
Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung auf der Ministerratstagung am 26./27. Oktober 1987 der WEU in Den Haag auf die verheerenden Folgen hingewiesen, die die Atomtests Frankreichs im Südpazifik für die Lebensgrundlagen der Anrainer nach sich ziehen (vor allem in bezug auf Fischfang, Wasser-, Luft- und Bodenverseuchung)?
50. Abgeordnete
Frau
Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Angesichts der Tatsache, daß die Regierung der Französischen Republik betont, sie unternehme die Atomtests auch im europäischen Interesse und sie seien im übrigen völlig ungefährlich, ist die Bundesregierung bereit klarzustellen, daß derartige Tests nicht im deutschen Interesse liegen?
51. Abgeordnete
Frau
Kelly
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bundesregierung sich mit der Unterzeichnung der WEU-„Plattform : Europäische Sicherheitsinteressen“ vom 26./27. Oktober 1987 auf eine westeuropäische Aufrüstungsdynamik festgelegt hat, deren Ergebnis eine westeuropäische Atomstreitmacht sein kann?
52. Abgeordnete
Frau
Kelly
(DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung auf der WEU-Ministerratstagung am 26./27. Oktober 1987 in den Den Haag unternommen, um darauf hinzuwirken, daß die atomare Abrüstung über den INF-Bereich hinaus vorangetrieben und nicht etwa durch eigenständige atomare Aufrüstung von WEU-Ländern ins Gegenteil verkehrt wird?

53. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fraktion DIE GRÜNEN, daß durch die Operationen der Kriegsmarinen von WEU-Ländern im Persischen Golf und im Mittelmeer die West-Ost-Abschreckung um eine Nord-Süd-Dimension erweitert wird?
54. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die Zustimmung der Bundesregierung zur „Plattform: Europäische Sicherheitsinteressen“ des WEU-Ministerrats vom 26./27. Oktober 1987 unter Ausschluß jedweder parlamentarischen Mitwirkung erfolgt ist?
55. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Verzicht der Bundesregierung auf Atomwaffen in Übereinstimmung zu bringen mit ihrem ausdrücklichen Bekenntnis zur „nuklearen Komponente“ im WEU-Abschreckungskonzept in der „Plattform: Europäische Sicherheitsinteressen“ (v. a. II 2 und II 4) vom 26./27. Oktober 1987?
56. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Daten ist auf der WEU-Ministerrats-tagung vom 26./27. Oktober 1987 in Den Haag die in der Plattform behauptete Überlegenheit des Warschauer Paktes im Bereich konventioneller, chemischer und nuklearer Streitkräfte belegt worden?
57. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meldungen von ap vom 1. November 1987 über die Sendung des Londoner TV-Lokalsenders 20-20 Vision, daß Sudan als illegaler Umschlagplatz für mindestens sechs Uran- und Plutoniumlieferungen seit 1980 gedient hat sowie, daß Iran, Irak und Israel im August 1987 eine solche Lieferung angereicherten Urans erhalten haben, und kann die Bundesregierung die Gerüchte des Senders völlig ausschließen, daß das angereicherte Uran in den Sudan aus bundesrepublikanischen Quellen gelangte?
58. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Haben oder finden Untersuchungen über mögliche Endlagerstandorte für radioaktiven Müll in Tibet durch deutsche Geologen statt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtung des Dalai-Lama, daß Tibet internationales Atomüllager werden soll, die er am 21. September 1987 vor dem amerikanischen Kongreß äußerte?
59. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Wie viele männliche und weibliche Antragsteller sind (nach Monaten differenziert) seit 1. Januar 1986 in den Konsulaten bzw. in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Türkei zwecks Beantragung eines Visums erschienen?

60. Abgeordnete
**Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)**
- Wird den Antragstellerinnen auf Erteilung eines Visums bei den Konsulaten bzw. der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Türkei ein Schwangerschaftstest abverlangt?
61. Abgeordnete
**Frau
Eid
(DIE GRÜNEN)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle der bundesdeutschen Industrie in Südafrika angesichts des Verhaltens führender Firmenvertreter gegenüber dem bundesdeutschen Geschäftsträger Fritz Ziefer, der heftig kritisiert wurde, weil er von der Industrie Engagement gegen die Apartheid verlangt hatte?
62. Abgeordnete
**Frau
Eid
(DIE GRÜNEN)**
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der gegenüber Herrn Ziefer dokumentierten Unterstützung des Apartheidregimes hinsichtlich weiterer Förderung der Investitionen in Südafrika durch Doppelbesteuerungsabkommen und der Exportförderung durch HERMES-Bürgschaften?

Bonn, den 6. November 1987